

Niederschrift

über die 19. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Montag, den 08.04.2019 im Christian-Wirth-Saal auf dem Schlossgarten-Campus

Sitzungsbeginn: 19:31 Uhr

Sitzungsende: 20:23 Uhr

An der Sitzung nehmen teil:

A. Von der Stadtverordnetenversammlung

CDU:

Liese, Gerhard Stadtverordnetenvorsteher
Becker, Rolf
Bertz, Claudia
Drexelius, Matthias
Haase, Andreas
Holzbach, Markus
Jackson, Alexander
Katrusa, Isabell
Müller, Sebastian
Salguero-Grau, Conchita
Schmidt-Winterstein, Dietmar
von der Laden, Frank
Zorn, Irene

SPD:

Ebel-Theuerkauf, Leonie
Hahn, Birgit
Harnoth, Reinhold
Kuhlbrodt, Hans
Maibach, Jürgen
Müller, Bernhard
Ruß, Ortwin
Walle, Walter

FWG:

Brötz, Joachim
Müller, Brunhilde
Saltenberger, Joachim

B 90/Grüne:

Enslin, Ellen
Scheidler, Hansjörg
Sielemann, Manfred
Weinreich, Susanne

FDP:

Brähler, Gerhard
Brähler, Veronika
Keth, Ulrich

B. Vom Magistrat

Wernard, Steffen Bürgermeister
Fritz, Dieter Erster Stadtrat
Fritz, Reiner
Hahn, Michael
Jack, Werner
Lichtenthäler, Erwin
Roth-Peters, Maria
Seidenstücker, Gerd

C. Vom Ausländerbeirat

Mescheder, Kibar

D. Vom Seniorenbeirat

Schäper, Charlotte

E. Entschuldigt fehlten

Herber, Hellwig
Konieczny, Jürgen
Lotz, Helga
Müller, Helmut
Schütrumpf, Heinz
Sussmann, Kevin

Böhringer, Heino
Hahn, Raymond

Wagner, Katherine

F. Von der Verwaltung

Jänisch, Ramona Schriftführerin
Schach, Beate

G. Gäste

7 Bürgerinnen und Bürger
2 Pressevertreter (TZ, UA)

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Liese eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung der Tagesordnung

GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende Ellen Enslin bittet darum, den TOP 18 von Teil B nach Teil A zu verschieben und gemeinsam mit TOP 8 zu behandeln.

Stadtverordnetenvorsteher Liese stellt die Tagesordnung mit der vorgetragenen Änderung zur Abstimmung.

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den TOP 18 als neuen TOP 9 unter Teil A mit TOP 8 zu behandeln. Alle weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Die Tagesordnung wird mit der Änderung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltungen

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.02.2019

Beschluss

Das Protokoll der Sitzung vom 25.02.19 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 1 Enthaltung (SPD)

4. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Liese teilt mit, dass sich Frau Stadtverordnete Lotz sowie die Herren Stadtverordneten Schütrumpf, Helmut Müller, Konieczny, Herber und Sussmann entschuldigt haben. Ebenso haben sich die Herren Stadträte Raymond Hahn und Böhringer für den heutigen Abend entschuldigt und auch Frau Wagner vom Ausländerbeirat hat ihr Fehlen mitgeteilt.

Er begrüßt Frau Beate Schach als neue Mitarbeiterin im Gremienbüro.

5. Mitteilungen des Magistrats

Bürgermeister Wernard informiert:

5.1 über den aktuellen Stand der Sperrung und den Arbeiten in der Innenstadt. In dieser Woche wird mit dem Bereich Kreuzgasse begonnen, ab Mittwoch sollen die Endasphaltarbeiten von der Stadthalle bis zum Alten Marktplatz ausgeführt werden, sodass voraussichtlich ab Freitag Nachmittag dieser Streckenabschnitt wieder geöffnet werden kann.

In Abstimmung mit dem Gewerbeverein wurden auch nochmals neue Schilder an Ortseingängen angebracht, die auf die Erreichbarkeit der Geschäfte hinweisen.

Stand heute geht man davon aus, dass die Gesamtmaßnahmen zur Fertigstellung der Wilhelmstraße, Zitzergasse und Kreuzgasse bis spätestens Ende Oktober abgeschlossen sein werden – geplant war bis Ende des Jahres.

- 5.2 zum heutigen Presseartikel aus der Ortsbeiratssitzung in Merzhausen „Bürger fühlten sich von der Stadt Usingen verschaukelt – Grund hierfür sei die neue Boulebahn an der Rauschpennhalle“: Er bedauert es, dass seitens des Ortsbeirats in der Sitzung nicht informiert wurde, dass alle Abstimmungen bezüglich der Boulebahn im Vorfeld mit ihm stattgefunden haben. Es wurde der gleiche Belag wie der der Boulebahn in Wilhelmsdorf gewählt, ebenso standen drei verschiedene Varianten der Größe zur Auswahl. Man habe sich gemeinsam auf die mittlere Variante festgelegt und sowohl die Ausführung als auch den Ort hat man in Abstimmung mit dem Ortsbeirat ausgesucht. Baumstämme werden als Abgrenzung noch durch die Stadt ergänzt.
- 5.3 dass alle Wohnungen in der Riedwiese nun vermietet sind. Die Stadt hatte 23 >Wohnheiten mit je 10.000 € pro Wohnheit unterstützt. Heute kann mitgeteilt werden, dass 12 Usinger Familien und Einzelpersonen, 6 aus dem Usinger Land und 5 außerhalb des HTK, alle mit Wohnberechtigungsschein, dort ein neues Zuhause gefunden haben.
- 5.4 zur Zwangsversteigerung des Grundstücks Herrengarten in Wilhelmsdorf, dass dieses verkauft wurde. Das Verfahren läuft über das Amtsgericht. Wenn alles abgewickelt ist, wird ein Gespräch zwischen Käufer und der Stadt stattfinden.

6. Fragestunde

6.1 Schriftliche Fragen

Es liegen keine schriftlichen Fragen vor.

6.2 Mündliche Fragen

Stadtverordneter Keth erkundigt sich, ob die Ablösebeträge für die Stellplätze zweckgebunden für die Schaffung anderer Parkflächen ausgegeben werden müssen.

Bürgermeister Wernard bejaht dies und ergänzt, dass der Ablösebetrag auch dem Betrag einer Stellplatzerstellung gleichkommen muss.

Stadtverordneter Scheidler bittet um Information, ob der Grundstückstausch mit der RMD bzw. der Stadt Neu-Anspach nun zustande kommt. Aus der Presse habe man den Eindruck gewonnen, dass sich Neu-Anspach hiergegen wehrt. Er fragt: Haben Gespräche diesbezüglich stattgefunden?

Bürgermeister Wernard antwortet, dass es sicher um die Erweiterung der Deponie geht. Diesbezüglich ist gerade in der letzten Woche ein Schreiben im Rathaus eingegangen, in dem mitgeteilt wurde, dass man sich über eine Erweiterung Gedanken mache und um einen Gesprächstermin bittet. Dieser wird sicherlich demnächst stattfinden und er wird die Gremien dann auch einbinden.

7. Berichterstattung der Ausschussvorsitzenden

Keine Wortmeldungen.

A. Punkte mit Aussprache

8. Antrag der CDU-Fraktion vom 20.02.19 zur Erhebung des Straßenzustands aller stadteigenen Straßen, Schätzung anstehender Sanierungsmaßnahmen und Aufstellung der Straßenbaumaßnahmen der letzten 25 Jahre

CDU-Fraktionsvorsitzender Jackson erläutert den Antrag und bittet um Zustimmung. Stadtverordnete Weinreich klärt eine Verständnisfrage und teilt sodann mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Antrag zustimmen wird. Stadtverordnete Hahn bittet seitens der SPD, dass der Antrag zurückgestellt wird, bis die Datenerhebung erfolgt ist, und dann erneut eingebracht wird. FDP-Fraktionsvorsitzender Brähler teilt mit, dass die FDP den Antrag begrüßt und zustimmen wird. Stellv. FWG-Fraktionsvorsitzende Müller informiert, dass auch die FWG den Antrag unterstützt. GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende Enslin ergreift noch mal das Wort und schlägt vor, den Antrag in den VBS zu verweisen und dort liegen zu lassen, bis zu einem späteren Zeitpunkt die Datenerhebung erfolgt ist. CDU-Fraktionsvorsitzender Jackson geht auf die Rückfragen der anderen Fraktionen ein und erläutert nochmals den geplanten Zeitablauf. Nach dieser Klarstellung teilt Frau Enslin mit, dass sich ihr Vorschlag zum Verweis in den VBS damit erübrigt hat. SPD-Fraktionsvorsitzender Müller führt aus, dass mit dem Antrag aus Sicht der SPD sehr wohl doppelte Arbeitsaufträge an die Verwaltung gestellt werden. Er bittet um Änderung des CDU-Antrags mit dem Zusatz „Im Nachgang der Datenerhebung...“. Stadtverordnetenvorsteher Liese fragt den Antragsteller, ob er die vorgeschlagene Ergänzung mit aufnehmen möchte. CDU-Fraktionsvorsitzender Jackson teilt mit, dass die Fraktion damit einverstanden ist.

Beschluss-Nr. XI/16-2019

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt im Zusammenhang mit der interkommunalen Zusammenarbeit zum Aufbau eines Datenportals zur nachhaltigen Bewirtschaftung der kommunalen Straßen:

1. Der Magistrat wird gebeten eine umfassende Erhebung des Zustandes aller stadteigenen Straßen für die Usinger Kernstadt sowie für seine Ortsteile zu erstellen
2. Diese soll eine Schätzung über die anstehenden Sanierungsmaßnahmen, insbesondere mit Blick auf Zeitpunkt und voraussichtliche Kosten, enthalten.
3. Der Magistrat wird gebeten, eine Aufstellung der Straßenbaumaßnahmen der vergangenen 25 Jahre zu erstellen, aus der sich ergibt, welche Straßen mit welchen Kosten saniert wurden.

Der Magistrat wird gebeten diese drei genannten Maßnahmen, im Nachgang zur Datenerhebung umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

9. Interkommunale Zusammenarbeit; **Aufbau eines Datenportals zur nachhaltigen Bewirtschaftung der kommunalen Straßen**

Die Wortmeldungen erfolgten bereits unter den Redebeiträgen zu TOP 8.

Beschluss-Nr. XI/23-2019

Die als Anlage 1 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Kommunen Grävenwiesbach, Usingen, Weilmünster und Weilrod zum Aufbau eines gemeinsamen Datenportals zur nachhaltigen Bewirtschaftung der kommunalen Straße wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

10. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.03.19 zu Tempo 30-Zonen in Usingen und den Stadtteilen

GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende Enslin begründet den Antrag und bittet um Zustimmung. Stadtverordneter Drexelius teilt für die CDU-Fraktion mit, dass sie dem Antrag zustimmen wird.

Beschluss-Nr. XI/35-2019

1. Der Magistrat wird beauftragt eine Liste zu erstellen, welche Straßen in Usingen und in den Ortsteilen für eine Umwidmung auf Tempo 30 geeignet sind.
2. Welche Maßnahmen müssen für diese Umwidmung ergriffen werden und wie kann dies umgesetzt werden?
3. In welchem Zeitraum kann die Umsetzung vollzogen werden?
4. Im Ausschuss für Verkehr, Bauen und Planung wird dazu ein Bericht vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

11. Änderung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Usingen

Beschluss-Nr. XI/28-2019

Die 3. Neufassung der Satzung der Stadt Usingen über die Erhebung von Verwaltungskosten, wie in der Anlage 1 der Vorlage beigefügt, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

**12. Stellplatzsatzung der Stadt Usingen
Neufassung (2019) der Stellplatzsatzung von 2012**

GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende Enslin erläutert, dass seitens des Landes derzeit Neuerungen in Sachen Stellplatzsatzung erarbeitet werden und sie zunächst dieses Ergebnis abwarten wollen. Daher ziehen sie den vorgelegten Änderungsantrag am heutigen Abend zurück und würden ihn bei Bedarf erneut einbringen.

Beschluss-Nr. XI/6-2019

Die Satzung der Stadt Usingen über die Stellplatzpflicht sowie die Gestaltung, Größe, Zahl der Stellplätze oder Garagen und Abstellplätze für Fahrräder und die Ablösung der Stellplätze für Kraftfahrzeuge vom 20.05.2012 (Stellplatzsatzung), wird geändert. Die Neufassung der Stellplatz- und Ablösesatzung der Stadt Usingen wird in der als Anlage 1 vorliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

**13. Städtebauliche Erneuerungsmaßnahme „Kernstadt Usingen“ im Programm
„Städtebaulicher Denkmalschutz“
1. Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) incl. Maßnahmenliste
2. Sanierungssatzung mit Festlegung Sanierungsgebiet „Kernstadt Usingen“
3. Modernisierungsrichtlinie mit Modernisierungsvereinbarung**

Stadtverordnete Ebel-Theuerkauf verlässt wegen Befangenheit den Sitzungssaal.

Es melden sich Stadtverordnete Weinreich, Zorn, SPD-Fraktionsvorsitzender Müller und FDP-Fraktionsvorsitzender Brähler zu Wort.

Alle loben das Ergebnis der Arbeitsgruppen und danken allen Mitwirkenden an dem großen Projekt. Es besteht Konsens, dass sowohl der Vorlage als auch dem Änderungsantrag der GRÜNEN vollumfänglich zugestimmt wird.

Stadtverordnetenvorsteher Liese erkundigt sich, ob die Abstimmung dann auch in einem durchgeführt werden kann. Dem wird zugestimmt.

Beschluss-Nr. XI/19-2019

1. Dem Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) wird mit seinen Inhalten (Anlagen 1.0 Teil 1 bis 4), den Plänen (Anlagen 1.2 bis 1.20) sowie der Maßnahmenliste (Anlage 1.1), inklusive der Ergänzungen und Änderungen des GRÜNEN-Antrags, wie vorgelegt zugestimmt.
2. Es wird beschlossen, dass die städtebauliche Sanierungsmaßnahme im umfassenden Verfahren unter Anwendung der besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 152 bis 156 a BauGB mit der in der Anlage beigefügten Satzung (Anlage 2.1) durchgeführt wird. Die Vorschriften des § 144 BauGB finden ohne Einschränkung Anwendung.
3. Die Modernisierungsrichtlinie (Anlage 3.0) und die Modernisierungsvereinbarung (Anlage 3.3) werden wie vorgelegt beschlossen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss der Satzung öffentlich bekannt zu machen und den Sanierungsvermerk im Grundbuch einzutragen.
5. Der Magistrat wird bevollmächtigt den jährlichen Antrag für die Fördermittel zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltungen (Frau Ebel-Theuerkauf nahm an dieser Abstimmung nicht teil).

14. Neuwahl einer Schriftführerin für die Stadtverordnetenversammlung

Beschluss-Nr. XI/37-2019

Die Stadtverordnetenversammlung wählt Frau Beate Schach zur neuen Schriftführerin. Die gewählten Stellvertreter Herr Michael Guth, Frau Anja Loose und Frau Berit Orban bleiben bestehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltungen (Frau Ebel-Theuerkauf nahm an dieser Abstimmung nicht teil).

B. Punkte ohne Aussprache

Frau Ebel-Theuerkauf nimmt wieder an der Sitzung teil.

Stadtverordnetenvorsteher Liese fragt, ob Teil B der Tagesordnung a Block abgestimmt werden kann. Hiergegen gibt es keine Einwände.

15. Schlussabrechnung mit der Terramag über das Neubaugebiet Schleichenbach II

Beschluss-Nr. XI/20-2019

Der Endbericht der Fa. Terramag zum Neubaugebiet Schleichenbach II wird zur Kenntnis genommen.

16. Gründung einer Stromnetzgesellschaft

Beschluss-Nr. XI/9-2019

1. Die Stadt Usingen beschließt die Gründung einer gemeinsamen Netzeigentumsgesellschaft (NEG) mit dem derzeitigen Konzessionsnehmer Süwag Energie AG und weiteren Städten und Gemeinden des Usinger Landes. Der Arbeitstitel der künftigen Gesellschaft lautet „Energierregion Usinger Land“.

Der zukünftige Betrieb des örtlichen Stromnetzes erfolgt durch die zu gründende Netzeigentumsgesellschaft mit mindestens 51%-iger kommunaler Mehrheit.

2. Als Partnerin für die maximal 49%-ige Beteiligung an der Netzeigentumsgesellschaft (NEG) kommt nach den geltenden Konzessionsverträgen nur die Süwag Energie AG in Frage. Als Netzpächterin und –betreiberin würde die Syna GmbH fungieren.
3. Der Magistrat wird beauftragt, die weiteren notwendigen Verhandlungsschritte auszuführen und die Verhandlungsvollmacht auf die Lenkungsgruppe „Energierregion Usinger Land“ zu übertragen.

Insbesondere die erforderlichen Gesellschaftsstrukturen einschließlich Organigramm sind mit externer fachlicher Begleitung und unter Berücksichtigung der Gegebenheiten im Usinger Land zu erarbeiten. Darüber hinaus sind die zur Gesellschaftsgründung notwendigen kommunalrechtlichen Genehmigungen einzuholen. Ebenfalls sind Vorschläge zur Finanzierung zu unterbreiten.

4. Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung alle ausverhandelten Verträge zur Gründung der kommunalen Gesellschaft und zur Finanzierung des kommunalen Eigenkapitals mit den entsprechenden Unterlagen aus der Lenkungsgruppe zur endgültigen Beschlussfassung vor.

Soweit sich an den Rahmenbedingungen – insbesondere an der Wirtschaftlichkeit der NEG – nichts ändert, gelten die Beschlüsse zu 1 bis 4 auch für den Fall, dass eine andere Stadt/Gemeinde der „Energierregion Usinger Land“ diese Beschlussfassung nicht mit trägt.

Sollte sich wegen zu geringer Teilnehmerzahl die Wirtschaftlichkeit einer eigenen Gesellschaft nicht abbilden lassen, wird der Magistrat beauftragt, mit angrenzenden bestehenden Netzgesellschaften über Beitrittsmöglichkeiten zu verhandeln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

17. Neufassung der Vergaberichtlinien; Anpassung an die neuen Freigrenzen für Ausschreibungen und freihändige Vergaben

Beschluss-Nr. XI/11-2019

Es wird beschlossen, bis zur Erarbeitung von neuen Vergaberichtlinien bei der Festsetzung der Wertgrenzen dem gemeinsamen Runderlass des Hess. Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung in der jeweils gültigen Fassung zu folgen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

**18. Interkommunale Zusammenarbeit;
Übernahme von Tätigkeiten der Gemeinde Grävenwiesbach im Bereich Personal**

Beschluss-Nr. XI/22-2019

Die in der Anlage 1 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Gemeinde Grävenwiesbach über die Übernahme von Arbeiten der Gemeinde Grävenwiesbach im Bereich der Lohn- und Gehaltsabrechnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

Stadtverordnetenvorsteher Liese schließt den öffentlichen Sitzungsteil um 20:22 Uhr und bittet darum, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Er ruft dann auf:

19. Ankauf einer landwirtschaftlichen Fläche in der Gemarkung Eschbach zum Zwecke der Baulandentwicklung

Herr Stadtverordnetenvorsteher Liese stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her und schließt die Sitzung.

Usingen, 09.04.2019

Gerhard Liese
Stadtverordnetenvorsteher

Ramona Jänisch
Schriftführerin

Alexander Jackson
CDU-Fraktion

Bernhard Müller
SPD-Fraktion

Ellen Enslin
Bündnis 90/Die Grünen

Jürgen Konieczny
FWG-Fraktion

Gerhard Brähler
FDP-Fraktion